Wahlprogramme in freiberuflicher

Die Programme der Parteien zur Europawahl 2019 sind auf dem Markt. Das BFB-Team hat alle Kompendien der aktuell im Deutschen folgend auszugweise präsentiert. Mit der FDP und AfD adressieren zwei Parteien die Freien Berufe direkt. Und Letztere tritt zwar zur bewirbt.

	CDU CSU	SPD	BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Freie Berufe	Nicht benannt	Nicht benannt	Nicht benannt
Europa	Europa ist vom Subsidiaritätsprinzip geleitet • Bei Verletzung der Prinzipien der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit Möglichkeit der Rüge ausbauen • Initiativrecht des EP • Vertiefung vor Erweiterung • Unabhängiger Expertenrat soll Freiheit und Rechtsstaatlichkeit in allen EU-Mitgliedstaaten überprüfen • Deutsch als Arbeitssprache tatsächlich einsetzen	Initiativ-, Untersuchungs- und Kontrollrecht des EP • Überprüfung der Rechtsstaatlichkeit • Weniger Geld für Mitgliedstaaten, die demokratische und rechtsstaatliche Prinzipien missachten • Fonds für europäische Grundwerte • Erweiterungspolitik bleibt wichtig, zuzüglich innere Reformen, um Handlungsfähigkeit sicherzustellen • Perspektivisch: Wirtschaftsregierung für den Euro-Raum • Mehrheitsprinzip verstärken • Verbindliches Lobbyregister für alle EU-Institutionen • Wahlrecht mit 16 Jahren	Subsidiarität ausweiten oder mehr Autonomie und Souveränität der Regionen • Eigenes Initiativrecht fürs EP, das zudem gleichberechtigt mit dem Rat entscheiden können soll • Diskussion über Unionsmodelle in die Gesellschaft tragen • Statt Einstimmigkeitsprinzip überall Mehrheitsentscheidungen einführen • Verbindliche Lobbyregister für alle EU-Institutionen
Binnenmarkt	Binnenmarkt stärken, u. a. indem bestehende Hindernisse schrittweise abgebaut werden	Bereitstellung öffentlicher Güter, z. B. Gesundheitswesen, nicht dem Markt überlassen • Liberalisierung von Dienstleistungsmärkten und das damit verbundene Absenken von Qualitätsstandards wird abgelehnt	Forderung einer EU-Strategie zur Gemeinwohlökonomie
Verbraucherschutz	Grundstandards auch bei Verbraucherschutz	Schaffung „echter“ sozialer Grundrechte ebenfalls bezüglich Verbraucherschutz	Binnenmarkt so ausgestalten, dass auch die Rechte von Verbrauchern umfassend geschützt sind

Lesart

Bundestag vertretenen Parteien genau durchgesehen. Sie unterscheiden sich in Umfang und Detailliertheit und werden nach-
Wahl an, fordert aber die Abschaffung des Europäischen Parlaments, also ebenjener Institution, um deren Mandate sie sich

DIE LINKE.	Freie Demokraten FDP	Alternative für Deutschland
Nicht benannt	Im Kapitel „Ein Europa der wirtschaftlichen Stärke“ ist eine Passage für „Freie Berufe und Selbstständige in Europa“ eingearbeitet: Bei Freien Berufen haben sich in den Mitgliedstaaten „unterschiedliche Systeme von Leistungserbringung, Selbstverwaltung und Selbstkontrolle herausgebildet. Diese Unterschiede gilt es bei Rechtsakten der EU zu berücksichtigen.“	Im Kapitel „Subsidiarität in der Gesundheitspolitik bewahren“ heißt es, die Rechtsstellung der Freien Berufe sei zu bewahren.
Grundsatz der Subsidiarität gilt • Initiativrecht des EP, das innerhalb der WWU gleichberechtigt zu Rat sowie Eurogruppe entscheiden können soll, Vorschlags-, Wahl- und Abwahlrecht der Kommission und deren Präsidenten ausschließlich durchs EP, zahlreiche weitere Befugniserweiterungen für das EP • Gegen die EU-Notifizierungsrichtlinie • Neustart für EU mit von Bürgern mitgestalteter neuer Verfassung • Verbindliche Lobby- und Transparenzregister	Kompetenzverteilung nach dem Prinzip der Subsidiarität • Initiativfrist für Subsidiaritätsrüge verlängern, Klagebefugnis der nationalen Parlamentskammern erweitern • EP mit einem festen Tagungsort und vollem Initiativrecht • Reduktion auf 18 Kommissare • Dezentral und bundesstaatlich verfasste EU mit eigener Verfassung • Mehr Möglichkeiten für unterschiedliche Tiefen und Geschwindigkeiten bei der Integration	Subsidiarität einzuhalten, wird in vielen Politikfeldern betont • Rechtsetzungskompetenz ausschließlich bei Nationalstaaten • Europa als Wirtschafts- und Interessengemeinschaft souveräner Staaten • DEXIT als „letzte Option“ • EP abschaffen • Wiedereinführung nationaler Währungen • Verpflichtendes Lobbyregister • Deutsch als Amtssprache Englisch und Französisch gleichstellen
Öffentliche Daseinsvorsorge, z. B. Gesundheitswesen, vor Liberalisierungsdruck der EU-Wirtschaftsintegration schützen	Vollendung des Binnenmarkts, Hauptfokus auf den Bereichen Digitales und Energie • Faire Wettbewerbsregeln, einschließlich fairer Chancen für den Mittelstand • Freizügigkeit und Dienstleistungsfreiheit für Freie Berufe sichern und erleichtern • Berücksichtigung der unterschiedlichen nationalen freiberuflichen Regelungssysteme bei europäischen Rechtsakten • Bestehende Hürden für gemeinnützige Organisationen abbauen	Ein möglichst ungehinderter Binnenmarkt mit fairem Wettbewerb • Bewahrung der Rechtsstellung der Freien Berufe
Verbraucher würden durch Anerkennung (sämtlicher) Berufsqualifikationen von Fachkräften aus anderen EU-Staaten geschützt • Verbraucher als Arbeitnehmer stärker entlasten und multinationale Konzerne stärker belasten	Verbraucherschutz auch im Dienstleistungsbinnenmarkt stärken • Verbraucher auf Augenhöhe mit multinationalen Konzernen • Vollendung des digitalen Binnenmarkts zum Vorteil der Verbraucher	Deutsche Standards auch beim Verbraucherschutz erhalten • Ziel mehr „aufgeklärte“ Verbraucher • Für kollektive Rechtsschutzinstrumente

	CDU CSU	SPD	BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Datenschutz	Abhör- und manipulationssichere Datenkommunikation • Einheitliche IT-Datenstandards für alle digitalen Geräte • Innovations-Board zur Anwendungsfreundlichkeit der DSGVO • Kompatible europäische und nationale Datensysteme der Sicherheitsbehörden • Keine Upload-Filter • Schutz der Unternehmen u. a. vor digitaler Spionage	Beschäftigtendatenschutz modernisieren • Aufbau europäischer Cloud-Anbieter • Europäische Regulierung von Medienplattformen und Informations-Intermediären • Europäische Daten-Pools fördern • Für internationale Ethikstandards beim Einsatz von Algorithmen • IT-Sicherheit verbessern	Digitale Verbraucherrechte stärken • Beobachtung, Konkretisierung, Verbesserung des modernen Datenschutzes in DSGVO • Evaluierung und Stärkung einer einheitlichen Datenschutzaufsicht • Privatsphärenschutz bei mobilen Endgeräten • Keine Verwässerung oder Verzögerung der ePrivacy-Verordnung • Verbindliche Ende-zu-Ende-Verschlüsselung • Produkthaftung für kommerzielle Hersteller von Software • Regulierter Einsatz von Algorithmen im Grundrechtsbereich, Transparenz, Diskriminierungsfreiheit beim Einsatz von Algorithmen, Entwicklung einer europäischen Digitalethik • Investitionen in Datenschutzforschung und Anonymisierungstechnologien • Keine anlasslose Datensammlung und Vorratsdatenspeicherung sowie Kommunikationsüberwachung • Europäisches Whistleblower-Schutzgesetz • Keine Upload-Filter, sondern Pauschalabgabe für Onlineplattformen • Verpflichtende Mindeststandards für IT-Sicherheit
Digitalisierung	Aktive Gestaltung der Digitalisierung zum Wohle der Bürger und Unternehmen • Bei Umsetzung der EU-Urheberrechtsrichtlinie Meinungsvielfalt, Urheberschutz und Rechtssicherheit zusammenbringen • An europäischem Mobilfunknetz 5G arbeiten • In KI investieren • Deutschland und Europa zu führenden KI-Standorten machen • Digitaler Binnenmarkt: Schaffung eines digitalen, zukunftsfähigen Wirtschaftsraums • Digitale Weltmarktführer strategisch fördern • Europäische Digitalplattform für smarte Anwendungen und KI einrichten • Europäische Digitalbibliothek errichten	Gemeinwohl-orientierte Digitalisierungsförderung • Zugang zu schnellem Internet und Mobilfunk schaffen • Europäischen Innovationsrat einrichten, um „bahnbrechende“ Ideen zu fördern • Intelligente und konsequente Regulierung • „Massive“ europäische Investitionen in Zukunftstechnologien • Forschungszusammenarbeit bei KI stärken • Europäische Alternativen der „dominierenden“ Plattformunternehmen aufbauen • Europäische Cloud für offene Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Forschung und Entwicklung der Wirtschaft	Digitale Welt „zivilisieren“ • EU soll KMU mit unbürokratischen Beratungsangeboten oder Förderprogrammen unterstützen • Flächendeckende digitale Infrastruktur • EU-Forschungsprogramme für „bahnbrechende“ digitale Technologien stärken • „Echte“ Netzneutralität • Mit Digitalisierung Ökonomie und Ökologie zusammenführen • Neue Sozialabgaben- und Besteuerungsmodelle für Wertschöpfung durch Maschinen und Algorithmen entwickeln • Pauschalabgabe für Online-Plattformen • Open-Access-Publikationen gezielt fördern
Bildung	Duales System der beruflichen Bildung als Erfolgs- und Exportmodell bewerben • Ausbildungsgarantie für Jugendliche und Beschäftigungsinitiativen für junge Menschen fortführen • Mittel für Erasmus+ deutlich erhöhen • Europäischen Bildungsraum umsetzen und europaweite Anerkennung von Bildungsabschlüssen • Europäische Hochschulnetzwerke unterstützen • Exzellente europäische Universitäten gezielt fördern • Lebensbegleitendes Lernen, Weiterbildung und berufliche Fortbildung fördern • Vor allem Jugendlichen Unternehmertum und Unternehmergeist vermitteln	Duale Ausbildung mit Mindeststandards für eine moderne Berufsausbildung stärken • Ausbildungsplatzgarantie für unter 25-Jährige, dafür Mittel der Jugendgarantie aufstocken • Europäischer Korridor für Mindestausbildungsvergütung • Erasmus+ deutlich erhöhen, bedarfsgerecht ausstatten und ausbauen • Standardmäßige automatische Anerkennung von Qualifikationen • Keine Entwertung bestehender Berufsqualifikationen • Recht auf Weiterbildung und Qualifizierung • Entwicklung der Bologna-Konferenz zur Europäischen Hochschulkonferenz • Schaffung europäischer Hochschulen	Europäische Jugendgarantie weiterentwickeln • Erasmus+ massiv ausbauen, für Schüler, Auszubildende und Studierende • Recht auf Weiterbildung und lebenslanges Lernen europäisch verankern • Anerkennung von Bildungs- und Berufsabschlüssen sowie Fort- und Weiterbildungen innerhalb Europas verbessern • Arbeitnehmerfreizügigkeit auch für Migranten aus Drittstaaten stärken • Neue europäische Arbeitsbehörde unterstützen • Europäische Aus- und Weiterbildungsprogramme stärken • EU-Bildungsfonds für von Bildung Ausgeschlossene einrichten, daraus Stipendien vergeben • Freien Zugang zu qualitativ hochwertiger Bildung EU-weit garantieren

DIE LINKE.	Freie Demokraten FDP	Alternative für Deutschland
Keine verdachtsunabhängige Datenspeicherung • Kein Profiling • Beschränkung der Erhebung, der Verarbeitung, des Teilens von personenbezogenen Daten in und zwischen europäischen und nationalen Behörden • Schärfere Bestrafung von Datenschutzverstößen • Stärkung des Datenschutzbeauftragten • Internationales Datenschutzsystem schaffen • ePrivacy-Verordnung: Stärkere Regulierung der privaten elektronischen Kommunikation • Vorratsdatenspeicherung und anlasslose Speicherung von Fluggastdaten beenden • Europäische Open-Access-Initiative durch offene Publikationsformen, Datenbestände, sozial verantwortliche Lizenzierungspolitik • EU-weit gesetzlich garantierter Whistleblowerschutz • Keine Upload-Filter	Garantie von Datensicherheit und Netzintegrität beim Aufbau moderner Datennetzwerke • Erforschung von Datenschutztechnologien und -infrastruktur • Schutz vor nachrichtendienstlichen Angriffen und Cyberattacken verbessern • Diskriminierungsfreier Datenverkehr • Keine anlasslose Vorratsdatenspeicherung • Mehr Datensouveränität • Evaluierung und Weiterentwicklung der DSGVO • Kein Netzwerkdurchsuchungsgesetz • Keine Upload-Filter • Verbindliche europäische Mindeststandards für IT-Sicherheit und effektive Cybersicherheitsstruktur koordiniert durch Europäische Agentur für Netz- und Informationssicherheit (ENISA)	Sofortige Abschaffung der DSGVO • Maßnahmen zur Stärkung der informationellen Selbstbestimmung • Einsatz leistungsfähiger Verschlüsselungstechniken • Mehraufwände aus datenschutzrechtlichen Anforderungen für den Mittelstand begrenzen • Kein Netzwerkdurchsuchungsgesetz • Keine Upload-Filter • Stärkung der IT-Sicherheit
Digitale Teilhabe sichern • Digitalisierungsstrategie für Europa • Flächendeckender Ausbau des 5G-Netzes • Netzneutralität durch europäische Aufsicht sichern • Förderprogramm „Digital Europe“ mit starken gesellschaftspolitischen Leitplanken und öffentlicher Kontrolle bei der Vergabe	Breitbandausbau, hochleistungsfähige und europäische Glasfaserinfrastruktur • „Sonderwirtschaftszonen“ für digitale Ausgründungen von Unternehmen, Start-ups und Spin-offs • Europäische Agentur für Sprunginnovationen • EU-weite digitale Verwaltung	Kritik an Reform des Urheberrechts • Stärkung europäischer IT-Kompetenzen im Rahmen von Forschungs- und Entwicklungsprojekten • Keinen völlig digitalisierten Unterricht in der Schule
Mittel für Jugendgarantie erhöhen • Erasmus+-Mittel verzehnfachen • Recht auf Bildung und Ausbildung sichern und mit EU Mitteln fördern • In Bildung und Weiterbildung investieren • Gebührenfreie Bildung und Ausbildung von der Kita bis zur Hochschule für alle • Europäische Arbeitsbehörde stärken • Bessere Anerkennung der Qualifikationen und Abschlüsse von Nicht-EU-Bürgern • Mittel für die Beschäftigungsinitiative sowie für die Unterstützung von KMU im Rahmen des Programms COSME verdoppeln • Abschaffung von Studiengebühren • EU-weite Zugangsmöglichkeiten zum Studium für Menschen ohne Abitur verbessern • Reform des Bologna-Systems, das die Studiengänge verschult hat	Bildungsfreizügigkeit als neue Grundfreiheit • Bessere Mobilität bei Bildung und Forschung • Europäische Werte, Kultur und Geschichte als Bestandteil im Bildungskanon aller Bildungsformen • Mehr europäische Bildungsangebote, auch in Schule und Berufsbildung • Jugendgarantie fördern • Erasmus+ ausweiten • Gemeinsamen Berufsausbildungsmarkt etablieren • Anerkennung von Bildungsabschlüssen, Ausbildungen, Praktika und Traineezeiten verbessern • Europäische Ausbildungsagentur gründen • Einrichtung digitaler Bildungsplattformen • Ausbau grenzüberschreitender Hochschulnetzwerke • Neue Dynamik für Bologna, etwa durch umfangreichere gegenseitige Anerkennung von Studienmodulen und -abschlüssen	Deutsches System der dualen Ausbildung als Vorbild • Bildungspolitik als nationale Kompetenz • Nationale und regionale Qualitätsstandards schützen, auch Ausbildungsstandards • Prüfung von im Ausland erworbenen Qualifikationen am Arbeitsort nach nationalen Standards • Anerkennung ausländischer Abschlüsse Nationalstaaten vorbehalten • Keine Weiterentwicklung von Bologna • Wiedereinführung der Diplom- und Magisterstudiengänge • Duales Studium stärken • Stärkung der Autonomie der Hochschulen • Recht der Hochschulen, Bewerber durch Aufnahmeprüfungen auszuwählen • Erhöhung der Akademikerquote nach Strategie „Europa 2020“ wird abgelehnt

	CDU CSU	SPD	BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Soziale Sicherung & Arbeitsmarkt	Bei sozialer Sicherheit auf Grundstandards konzentrieren, Mitgliedstaaten bleiben für soziale Sicherungssysteme, Mindestlohn, Altersvorsorge verantwortlich • Keine gemeinsame Arbeitslosenversicherung • Pro geplante Europäische Arbeitsagentur • Verantwortung für Arbeitsmarktpolitik bei Mitgliedstaaten	Rahmen für armutsfeste Mindestlöhne, 12 Euro in Deutschland, länderspezifisch andernorts • Mindeststandards für nationale Grundsicherungssysteme in allen EU-Staaten • Standard für die Mindestvergütung Solo-Selbstständiger • Für europäische Säule sozialer Rechte • EU-Mitgliedstaaten sollen mittel- bis langfristig das Schutzniveau ihrer Arbeitslosen-, Renten- und Krankenversicherungssysteme angleichen • Europäischen Fonds für die Finanzierung von Sozialleistungen wie Arbeitslosenversicherung • KSK-analoge Absicherung von Künstlern in ganz Europa • Europäisches Konzept gegen Fachkräftemangel mit deutscher Regelung als Vorlage • Vereinfachung und Vereinheitlichung der Regeln für Zuwanderung von außereuropäischen Arbeitnehmern • Umsetzung der EU-Richtlinie zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf	Finanzsektor und digitale Wirtschaft an der Finanzierung öffentlicher Aufgaben beteiligen • Europäischer Rahmen für eine Grundsicherung in allen Mitgliedstaaten • EU-weiter, länderspezifischer Mindestlohn • Europäische Basis-Arbeitslosenversicherung • Europäisches und zukunftsfestes Urheberrecht, das Interessen von Verbrauchern, Verwertern und Urhebern ausgleicht und Künstler finanziell absichert • Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik für Kreative und Künstler
Steuern	Steuerfairness auch der digitalen Wirtschaft • EU-weit und international abgestimmte Lösungen auf Basis einer virtuellen Betriebsstätte • Gemeinsame Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage, unter Berücksichtigung der Besonderheiten der deutschen Unternehmenslandschaft und -besteuerung • Steuerschlupflöcher schließen • Finanztransaktionsteuer	Einstimmigkeitsprinzip in Steuerfragen abschaffen • Körperschaftsteuern angleichen • Mindeststeuersätze einführen • Digitale Wirtschaft gerecht besteuern • Kampf gegen Steuerflucht verschärfen, etwa durch automatische Meldepflichten für Banken • Vermeidung internationaler Steuergestaltung • Finanztransaktionssteuer	Europäische Unternehmensmindeststeuer • Am Umsatz orientierte europäische Digitalsteuer • Steuerflucht durch Gewinnverlagerung vermeiden • Finanztransaktionssteuer
Verschiedenes	Meisterbrief als Vorbild nehmen • Bürokratieabbau via „One in, one out“-Regel, für einen europäischen NKR • Diskontinuitätsprinzip • Europäischen Zukunftsfonds zur Start-up-Finanzierung auflegen • Einheitliche europäische Start-up-Definition festsetzen	EU-Vergaberecht soll Tariftreue und die Einhaltung von Arbeitnehmerrechten stärker berücksichtigen	Unternehmen mit Gemeinwohlorientierung mit Kennzeichnung stärken und bei öffentlichen Aufträgen bevorzugen • Gründerförderung durch einen Start-up-Pass, um an Förderprogrammen teilzunehmen, und durch Start-up-Visa • Schwellenwerte im Vergaberecht erhöhen, kleinen, lokalen Anbietern bei Ausschreibungen helfen

DIE LINKE.	Freie Demokraten FDP	Alternative für Deutschland
Verbindliche europäische Mindestlohnregelung – 12 Euro in Deutschland, länderspezifisch andernorts • Standard für die Mindestvergütung Solo-Selbstständiger • Europäische Säule sozialer Rechte stärken • Soziale Absicherung für Beschäftige europaweit garantieren • Europäische Arbeitslosenversicherung mit Solidar-Fonds, um Sozial- und Arbeitslosensysteme eines Krisenlandes zu stützen • Zukunftsfestes Urheberrecht soll angemessene Vergütung für Künstler und Kulturschaffende sicherstellen • Gemeinsamer europäischer Arbeitsmarkt, Stärkung der Europäischen Arbeitsbehörde • Ausnahmen der Entsenderichtlinie abschaffen • Gemeinsame Mindeststandards und einklagbare Rechte für Beschäftigte • EU-weite wöchentliche Höchstarbeitszeit von 40 Stunden • Verpflichtendes öffentliches Beschäftigungsprogramm und Arbeitszeitverkürzung ab fünf Prozent Erwerbslosenquote	Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik Mitgliedstaaten überlassen • Keine Transferunion • Keine europäische Arbeitslosenversicherung • Keine Kompetenzausweitung für die EU bei europäischer Säule sozialer Rechte • Schutz für geistiges Eigentum und faire Entlohnung der Urheber • Zusammenarbeit der nationalen Arbeitsagenturen insbesondere im Bereich des Berufseinstiegs • Effektive und effiziente Steuerung der Fachkräfteeinwanderung nach europäischen Kriterien • Gezielte Anwerbung von Fachkräften aus Drittstaaten nach kriterienbasiertem Punktesystem • Entbürokratisierung des Fachkräfteaustausches zwischen und innerhalb der Unternehmen durch Visaerleichterung • Erleichterter Zugang zu Arbeitsmärkten anderer EU-Länder	Keine europäische Sozialunion • Keine Vereinheitlichung von Sozialsystemen • Keine europäische Arbeitslosenversicherung • Keine Europäische Arbeitsagentur • Zuwanderung von Fachkräften an jeweiligem Arbeitsmarkt orientieren • Kontrolle des Entsendegesetzes
EU-weiter Mindeststeuersatz für Unternehmen • Kampf gegen Steuerflucht verschärfen etwa durch automatische Meldepflichten für Banken • Steueroasen innerhalb und außerhalb der EU austrocknen • Digitalunternehmen in selber Höhe wie andere Unternehmen besteuern • Finanztransaktionssteuer von 0,1 Prozent	Wettbewerbsverzerrende Praktiken durch Steuervergünstigungen konsequent verfolgen • Einheitliche Bemessungsgrundlage für Körperschaftsteuer, keine Tax-Deals • Diskussion über angemessene Besteuerung der digitalen Wirtschaft auf OECD-/G20-Ebene fortführen • Umsatzsteuersystem vereinfachen	Keine Harmonisierung von Unternehmenssteuern • Nationale Steuerhoheit als Wettbewerbsinstrument • Finanztransaktionssteuer mit globalem Ansatz
Kriterien für EU-Vergaberecht sollen sein: Tariftreue, ökologisch verträgliches sowie regionales Wirtschaften und Vergabemindestlohn von 12 Euro	„One in, two out“-Regel • Gesetze und Verordnungen mit Auslaufklausel • Europäische Rahmenbedingungen für Start-ups und Gründer verbessern • Vergabe von öffentlichen Aufträgen an Start-ups durch eine Anpassung des Vergaberechts erleichtern • Schaffung eines europäischen Vereinsrechts • Verzicht auf A1-Bescheinigungen bei Dienstreisen von bis zu 14 Tagen	Wiedereinführung der Meisterpflicht • Überprüfung der EU-Vergaberichtlinie unter Entbürokratisierungsaspekten